

Der Wald – ein Schatz für Deutschland

Am 11. November 2008 fand auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW) und der Deutschen Bank in Berlin ein Parlamentarischer Abend mit Mitgliedern aller Bundestagsfraktionen statt.



JOSEF SPANN: *Stabile Wälder sind ein Schatz für Deutschland*

Abb. links: Teilnehmer am Parlamentarischen Abend der AGDW, in der 1. Reihe v.l.: Dr. R. LAMMEL, Dr. U. SEELING, MdB G. SCHIRMBECK, MdB Dr. C. HAPPACH-KASAN, MdB P. BLESER, MdB C. BEHM, MdB Dr. K. TACKMANN

Begrüßt wurden die mehr als 150 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung von JOSEF SPANN, Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbandes. In Vertretung für den erkrankten Präsidenten der AGDW forderte er die Politik auf, den Stellenwert des Waldes mehr als bisher anzuerkennen. Die größten Holzvorräte Europas und stabile Wälder, bewirtschaftet von etwa 2 Mio Waldbesitzern, sind „ein Schatz für Deutschland“, sagte SPANN und unterstrich: „Wir wollen den Generationenvertrag weiterführen.“ Doch auch wenn der Rohstoff Holz auf der Gewinnerseite stehe, brauche der Wald die Unterstützung durch die Politik, um als „Klimaschützer Nummer 1“ weiter nachhaltig bewirtschaftet werden zu können. Rechtliche Hindernisse müssen abgebaut und nicht noch durch das Umweltgesetzbuch neu errichtet werden. Beispielhaft verwies SPANN auf den Waldumbau mit der Douglasie sowie die Abgaben zur Gewässerunterhaltung, hier sollten die Waldbesitzer eher eine Stütze bekommen als belastet werden.

Aus den Fraktionen

Die Kleinstrukturiertheit des Waldeigentums hat für PETER BLESER (CDU/CSU-Bundestagsfraktion) nicht nur eine negative Seite, sondern ist auch ein Zeichen der Stabilität des Eigentums als Basis der Nachhaltigkeit.

Die Eigenverantwortlichkeit der Waldbesitzer sei durch entsprechende Rahmenbedingungen weiter zu stärken. BLESER verwies dabei auf die Charta für Holz. Mehr „Aufsicht“ für die Waldbewirtschaftung lehne er ab; „10 % der Waldfläche aus der Nutzung nehmen, solchen Bestrebungen treten wir entschieden entgegen“. Bei der Novellierung des Bundeswaldgesetzes besteht in der Koalition v.a. bezüglich der Guten fachlichen Praxis ein Dissens. Die CDU/CSU sieht keinen Bedarf zur Definition einer bundesweit geltenden Guten fachlichen Praxis. Nur auf Länderebene könnten regionale Besonderheiten berücksichtigt werden. Im Umweltgesetzbuch gilt es die EU-Vorgaben strikt 1:1 umzusetzen. Eine Verschärfung dürfe es nicht geben, so BLESER.

Dr. GERHARD BOTZ (SPD-Bundestagsfraktion) zeigte sich optimistisch, dass bezüglich der Guten fachlichen Praxis alsbald eine Lösung gefunden werden kann. Immerhin reichen deren Wurzeln zurück bis auf H. C. v. CARLOWITZ *Sylvicultura economica* aus dem Jahr 1713. Die dort formulierte Ansätze gelte es heute insbesondere auch als Reaktion auf den Klimawandel „gemeinsam und schöpferisch“ umzusetzen, so BOTZ.

Die Expertenanhörung zur Novellierung des Bundeswaldgesetzes (am 24.9.2008, vor dem Ausschuss für Ernährung, Land-

wirtschaft und Verbraucherschutz) wurde von den Oppositionsfraktionen, nicht von der Koalition angeregt. Darauf verwies Dr. CHRISTEL HAPPACH-KASAN (FDP-Bundestagsfraktion). Sie sieht ihre Auffassung gestärkt, dass der Gesetzgeber zurückhaltend sein sollte mit weiteren Eingriffen. Während HAPPACH-KASAN einer bundesweit einheitlich definierten Guten fachlichen Praxis sehr skeptisch gegenüber steht, sei die Schaffung von Rechtssicherheit für Schnellwuchsplantagen durch die Ausgrenzung vom Waldbegriff sehr sinnvoll. Große Skepsis zeigte sie auch bezüglich der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung. Nutzungsverzicht im Wald zur Erhöhung der Biodiversität sei nicht zielführend, so die Agrarexpertin der FDP. Sie forderte stattdessen eine naturgemäße Waldbewirtschaftung auf der ganzen Fläche und schloss dabei die Nutzung der Buche mit ein. „Mehr Holz nutzen ist der richtige Weg.“ Allerdings, kritisierte HAPPACH-KASAN, stünden neue und komplizierte baurechtliche Verordnungen dem noch zu oft entgegen.

Nach den Worten von CORNELIA BEHM (Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) ist sowohl die Herausnahme von 5 % als auch von 10 % der Waldfläche aus der Waldbewirtschaftung „ein strategisches Ziel“, für das „Staats- und Kommunalwald herangezogen werden müssen“. Neben

dem Dissenzpunkt Gute fachliche Praxis gebe es beispielsweise Klarheit in Fragen der Kurzumtriebsplantagen, der Verkehrs-sicherungspflicht und einer verstärkten Holznutzung. Auch aus Sicht von BEHM ist der Holzbau immer noch mit einer überbordenden Bürokratie und viel Skepsis behaftet. Große Chancen sieht sie in der Entwicklung neuer Werkstoffe aus Holz, doch das erfordert mehr Engagement in der Forschung sowohl seitens der öffentlichen Hand als auch privater Unternehmen. Nachgedacht werden sollte, so der Vorschlag der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, über eine Steuerermäßigung für nachhaltig erzeugte Produkte. Agrar- und Forstprodukte – klare Sache für Behm – gehören dazu.

Für Dr. KIRSTEN TACKMANN (Fraktion DIE LINKE im Bundestag) wirft die aktuelle weltweite finanzpolitische Entwicklung nun auch für die Waldwirtschaft Fragen auf. Das betreffe u.a. die Definition der Nachhaltigkeit und die Ausgestaltung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Die Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung sollten nachhaltiges Wirtschaften ebenso sichern wie die Interessen der Gesellschaft. Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit verlange gleichwohl auch „angemessene“ Löhne in der Forstwirtschaft. Um der hohen Nachfrage nach dem Rohstoff Holz zur stofflichen und energetischen Nutzung entsprechen zu können, sind Kurzumtriebsplantagen ein Weg zum Ziel. TACKMANN favorisiert allerdings Agroforstsysteme; Kurzumtriebsplantagen sehe sie eher kritisch. In jedem Fall müsse „Missbrauch“ vermieden werden. Ebenso deutlich die Worte von TACKMANN zur Gentechnik: „Auf keinen Fall in den Wald gehören gentechnisch veränderte Bäume.“

„Holz ist auf der Gewinnerseite“

Die Größe der neuen Bundesministerin ILSE AIGNER überbrachte Dr. RICHARD LAMMEL vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; erste Fachgespräche mit ihr wären „sehr zufriedenstellend“ verlaufen. In seinem Redebeitrag zog LAMMEL eine erfolgreiche Zwischenbilanz der Charta für Holz, die vor vier Jahren initiiert worden ist. Von dem Ziel, bis zum Jahr 2014 den Pro-Kopf-Verbrauch von Holz und Holzprodukten in Deutschland um 20 % zu steigern, sei die Hälfte bereits erreicht. Auch wenn dies nicht allein ein Verdienst der Bundesregierung sei, sagte LAMMEL, habe sich die Charta für Holz doch inzwischen als „bewusstseinsprägend“ erwiesen. Die bundesweite Clusterstudie als eine Maßnahme der Charta für Holz weise auf weitere Erfolge hin.

Wertsteigerung für Holz als Baumaterial

„Holz als Baumaterial und CO₂-Speicher wird eine enorme Wertsteigerung erfahren!“ Davon ist der Architekt TACO HOLTHUIZEN fest überzeugt. Die Entwicklung der Energiekosten, der Handel mit CO₂-Emissionswerten und die Verschärfung der energetischen Anforderungen an Bauwerke sind nur einige der Aspekte, die die Wirtschaft „zwingen werden, die Nachhaltigkeitsfrage zu stellen“. Für HOLTHUIZEN ist klar:

- Je höher der Energiestandard umso wichtiger wird die graue Energie.
- Baustoffe müssen nach CO₂-Äquivalenten bewertet werden.
- Der Handel mit CO₂-Emissionswerten wird regulierend auf die Preisgestaltung einwirken.

Die Einsparung von Primärenergie und CO₂ in der Gebäudetemperierung steht im Zentrum der Diskussion. Doch die Gebäudetemperierung trägt nur zu etwa 20 % zum nationalen CO₂-Ausstoß bei. Kaum beachtet werden die an den CO₂-Ausstoß gekoppelten Energieflüsse bei der Herstellung und Entsorgung von Produkten (graue Energie). Das von der Holthuizen Architekten GmbH entwickelte sog. „FreiRaum-Konzept“ berücksichtigt beide Bereiche und führt zu einem kostenneutralen und energie-effizienten Bauen. Kern ist eine diesbezüglich abgestimmte Finanzierung, Planung und Bauausführung. Erklärte Ziele sind nach HOLTHUIZEN eine bis zu 100 % und mehr Primärenergie- und CO₂-Einsparung bei

Heizung und Wasser sowie bis zu 90 % CO₂-Einsparung bei der Herstellung der Gebäudehülle (Holzbauweise) gegenüber der konventionellen Bauweise.

Das Konzept wurde auf der bautec 2008 in Berlin für ein Einfamilienhaus in Holzbauweise erstmals öffentlichkeitswirksam vorgestellt. Dieser und andere Praxistests haben HOLTHUIZEN zufolge für den Neubau und die Sanierung im Wohn- und Gewerbebau nachgewiesen:

- Eine Primärenergieeinsparung in der Gebäudetemperierung bis hin zum Energie-Plus-Haus ist wirtschaftlich sofort umsetzbar.
- Eine radikale CO₂-Einsparung (graue Energie) in der Bauwirtschaft ist wirtschaftlich sofort umsetzbar.
- Die CO₂-Emissionen bis 2050 um 40 % im Vergleich zu 1990 senken ist in der Baubranche u.U. ohne Mehrbelastung möglich.

Zahlreiche Beispielprojekte (s. Abb.) machen für HOLTHUIZEN deutlich: Die graue Energie bei Neubau und Sanierung kann – spätestens ab dem Gebäudestandard von 2012 – viel entscheidender zum nationalen CO₂-Ausstoß beitragen als die benötigte Energie zur Gebäudetemperierung. „Wir treten den Beweis an, dass das bisherige Denken über energieoptimierte Bauweise falsch ist und nicht in dem Maße wie bisher die Architektur beeinflussen darf.“

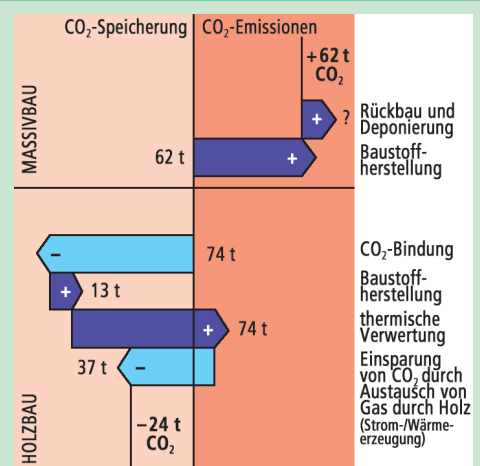
Literaturhinweis: [1] HOLTHUIZEN, T., KIESEWITZER, J. (2008): Das FreiRaum-Konzept. Energiejahrbuch 2008, S. 175–184, vme-Verlag.

Das Haus in Holzbauweise speichert langfristig etwa 74 t CO₂, welches erst nach Rückbau wieder an die Umwelt abgegeben wird. Wenn Gas durch die aus der thermischen Verwertung des Holzes gewonnene Energie ersetzt wird, kann ein CO₂-Ausstoß von etwa 37 t vermieden werden.

Durch die Wahl von Holzwerkstoffen lässt sich der CO₂-Ausstoß am Beispielhaus gegenüber einem gleichwertigen Massivbau um mehr als 86 t reduzieren – ohne einen Euro Mehrkosten!

In Heizenergie ausgedrückt, bedeutet dies: Das Beispielhaus als 2-Liter-Haus könnte – unter Berücksichtigung des Energieverbrauchs, der bei seiner Herstellung entstanden ist – über 150 Jahre mit Gas beheizt werden, bis der gleiche CO₂-Ausstoß erreicht wird, der bei der Herstellung des Massivhauses benötigt wird.

i Mehr über das FreiRaum-Konzept im Internet unter: www.holthuizen.com



Vergleich der CO₂-Emissionen von Holz- und Massivbau (Quelle [1])

Massivhaus: Außenwand 15 mm Putz, 24 cm Ziegel, Vollwärmeschutz 24 cm Steinwolle; Innenwand 17,5 cm Ziegel, 15 mm Gipsputz; Holzhaus: Außenwand 12,5 mm GKP, 6 cm Installationsebene Zellulosedämmung, 1,5 mm OSB-Platte, 24 cm Holzständerwerk mit Zellulosedämmung, 6 cm Holzweichfaserplatte; Innenwand Holzständerwerk beidseitig 12,5 mm GKP und 15 mm OSB-Platte

So gehöre die Forstwirtschaft mit einem Umsatz von etwa 160 Mrd. € pro Jahr zu den führenden Wirtschaftssektoren. Trotz der internationalen Bankenkrise, die in Deutschland auf eine sehr heterogene Holzbranche treffe, werde als Trend deutlich: „Holz ist auf der Gewinnerseite“.

Beim zentralen Thema Bundeswaldgesetz hob LAMMEL u.a. Bedeutung der Rechtssicherheit für Kurzumtriebsplantagen heraus. Für ihn ergebe sich dabei durchaus auch die rechtlich und fachlich höchst interessante Frage nach Schnellwuchsplantagen im Wald. Bei der Verkehrssicherung im Wald und auf Waldwegen sollten nach Auffassung aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium den Waldeigentümern weniger Pflichten auferlegt werden. Allerdings fehle dafür im Bundesjustizministerium derzeit das Verständnis. Wenn das Bundeswaldgesetz noch in der laufenden Legislaturperiode novelliert werden soll, „brauchen wir den Anstoß aus dem Parlament“.

LAMMEL zum Thema Klimawandel und Kohlendioxid-Emissionen: Es sei ein mutiger Schritt gewesen, Wald als CO₂-Senke anrechnen zu lassen. Logisch und von entscheidender Bedeutung wäre es nun, auch Holzprodukte in die Betrachtungen einzubeziehen.

Die Präsidenten des Deutschen Holzwirtschaftsrates (DHWR) ULRICH HUTH und des Deutschen Forstwirtschaftsrates (DFWR) **MdB** GEORG SCHIRMBECK unterstrichen in ihren Redebeiträgen die Bedeutung der Forst- und Holzwirtschaft für Deutschland.

Die Branche weist die meisten Beschäftigten auf, allein der Holzbau zählt mit seinen etwa 70 000 Betrieben und einem Jahresumsatz von etwa 1 Mrd. € etwa 750 000 Beschäftigte. HUTH begrüßte die Idee der Zertifizierung nachhaltigen Bauens, doch kontraproduktiv für die Praxis seien die damit verbundenen zu umfangreichen Kriterien und Regelwerke. Dass der Bevölkerung die nachhaltig wirtschaftende Forstwirtschaft nicht bewusst ist, führte SCHIRMBECK auf die Zersplitterung der Verbände zurück. Forst- und Holzwirtschaft sollten deshalb intensiver zusammenarbeiten und gemeinsam auftreten. SCHIRMBECK plädierte desweiteren dafür, dass aus dem Verkauf von CO₂-Emissionsberechtigungen durch die Bundesregierung Finanzmittel für die Forschung und Entwicklung im Forstbereich bereitgestellt werden. Zukunftssicherung einer nachhaltigen Forstwirtschaft bedeute aber auch Einstellung zumindest der besten Absolventen forstlicher Hoch- und Fachschulen.

S. Loboda